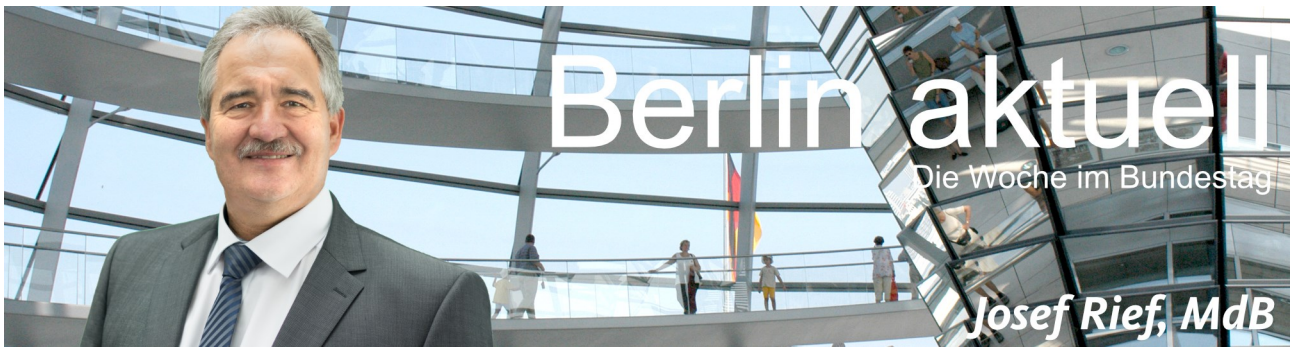

„Wirtschaftswende jetzt“ - Maßnahmen gegen die Krise

CDU/CSU fordert Koalition zum Handeln auf

Die deutsche Wirtschaft ist in der Krise. Die Unternehmen verlagern ihre Produktion ins Ausland. Wohlstandsverluste drohen. Die Ampel-Koalition ist jedoch nicht in der Lage, das Blatt zu wenden.

Als Konsequenz daraus unterbreitete die Fraktion dem Bundeskanzler per Brief durch den Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt ein Sofortprogramm mit zwölf Maßnahmen, welches die Union mit dem Titel „Wirtschaftswende jetzt“ diese Woche in den Bundestag einbrachte.

Jens Spahn bei seiner Rede zur Wirtschaftspolitik

Fraktionsvize Jens Spahn rief die Regierung auf, endlich zu handeln, um die Grundlage für Wachstum zu schaffen.

In ihrem Jahreswirtschaftsbericht, den Wirtschaftsminister Robert Habeck im Bundestag vorstellte, musste die Regierung ihre Wachstumserwartungen für das laufende Jahr deutlich nach unten korrigieren – auf 0,2 Prozent, faktisch Stagnation. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt nannte den Bericht eine „wirtschaftspolitische Bankrotterklärung“ der Ampel-Regierung. „Deutschland ist das absolute Schlusslicht in Europa, dafür tragen Sie einen erheblichen Teil der Verantwortung“, warf er Habeck vor. Alle Nachbarn in Europa kämpften mit den gleichen externen Herausforderungen, könnten im Gegensatz zu Deutschland jedoch wirtschaftliches Wachstum erzeugen.

Seite 2

Zuwendungen der Bundesregierung an NGOs in den Palästinensergebieten müssen auf den Prüfstand

Mit der Vizepräsidentin des Forschungsinstituts NGO-Monitor, Olga Deutsch (M.), und Jardena Lande sprach Josef Rief über die UN-Hilfsorganisation UNRWA, von welcher Mitarbeiter an den Terroranschlägen der Hamas auf Israel beteiligt gewesen sein sollen. Betont wurde eine notwenige Kontrolle der Finanzierung von Nichtregierungsorganisationen in den Palästinensergebieten mit deutschen Steuergeldern. Es müsse ausgeschlossen werden, dass damit Hamas und andere terroristische Gruppen finanziert werden. Im Interesse der israelischen Sicherheit und zur Befriedung der Region, muss die Bundesregierung die ordnungsgemäße Verwendung solcher Mittel sicherstellen. ■

Seite 2

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!

Josef Rief, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Büro ☏ (030) 227 – 71905 (030) 227 – 76060
josef.rief@bundestag.de www.josef-rief.de

Wahlkreisbüro:
Braithweg 27, 88400 Biberach
☏ (07351) 444 8782 (07351) 444 8783

Heimatanschrift:
Bergwalden 1
88486 Kirchberg/Iller

23.02.2024

Fortsetzung von Seite 1

Spahn sprach von einem „Offenbarungseid der Ampel“. Deutschland sei in den zwei Jahren der Ampel-Koalition ärmer geworden. Habecks Rede sei „pure Politikverweigerung“ gewesen. Ein Grund für die mangelnde Fähigkeit der Regierung, die wirtschaftlichen Probleme des Landes zu lösen, sei der Dauerstreit der Koalitionspartner, der zur Verunsicherung führe. „Mit diesem Dauerstreit haben Sie Deutschland zu einem unsicheren Investitionsland gemacht“. Unternehmen wanderten ab, denn: „Kein Mensch kann sich auf das verlassen, was Sie ankündigen.“

Die wirtschaftspolitische Sprecherin der Fraktion, Julia Klöckner, forderte ebenfalls einen Kurswechsel von der Koalition. „Hausgemachte Entscheidungen“ seien Teil des Problems. Besonders kritisierte sie, dass sowohl Bundeskanzler Olaf Scholz als auch Wirtschaftsminister Robert Habeck und Finanzminister Christian Lindner so täten, als hätten sie mit den Problemen der Wirtschaft nichts zu tun. „Zu einer guten Wirtschaftspolitik gehört eine Bundesregierung, die ihr Handwerk versteht“, betonte sie. Die Unternehmen bräuchten gute Rahmenbedingungen statt bürokratische und teure Subventionsprogramme.

Die Union beklagt in ihrem Antrag für den Bundestag, dass die Ampel Deutschland in die De-Industrialisierung führe. Das Land brauche jetzt eine „Offensive für neue Wirtschafts- und Innovationskraft“. Die Unternehmen benötigten Planungs- und Investitionssicherheit, heißt es darin. Die Maßnahmen reichen von der Begrenzung der Sozialabgaben auf 40 Prozent des Bruttoarbeitslohns über die steuerliche Begünstigung von Überstunden für Vollzeitbeschäftigte bis zu einem steuerfreien Arbeitseinkommen für Rentner in Höhe von maximal 2.000 Euro. Von der Begrenzung der Unternehmensteuern auf 25 Prozent über eine Senkung der Stromsteuer und der Netzentgelte bis zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. ■

Merz: Echte Zeitenwende in der Sicherheitspolitik angemahnt

Zum zweiten Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine hat CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz die Bundesregierung aufgefordert, Kiew konsequenter zu unterstützen. Die Koalition bleibe weit hinter der 2022 ausgerufenen Zeitenwende. Merz prangerte außerdem das Unvermögen der Ampel an, Deutschlands Wirtschaft anzukurbeln.

Die CDU/CSU-Fraktion hat dem Bundestag in dieser Sitzungswoche einen Leitantrag zum Jahrestag des Kriegsbeginns in der Ukraine vorgelegt, in dem sie eine „echte Zeitenwende“ in der Außen- und Sicherheitspolitik anmahnt. Darin fordert sie unter anderem die unverzügliche Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern an die Ukraine und die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates, der als Frühwarnsystem für krisenhafte Zuspitzungen dienen würde. Darüber hinaus verlangt die Union eine bessere finanzielle Ausstattung der Bundeswehr gemäß der NATO-Vorgabe von jährlich mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Die Streitigkeiten der Ampel halten weiter an, etwa zum Umgang mit der Schuldenbremse oder bei der Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber. Lediglich bei der Legalisierung von Cannabis ist die Ampel sich einig. Nach einer kontrovers geführten Debatte setzte die Ampelkoalition das Legalisierungsgesetz am Freitag im Bundestag entgegen aller Bedenken zum Jugendschutz durch. ■

Politischer Filmempfang der Jungen Union

Die Junge Union hatte anlässlich des in der Hauptstadt aktuell stattfindenden Filmfestivals „Berlinale“ zu einem politischen Filmempfang ins Microsoft Atrium eingeladen. Angesichts des fortwährenden Kampfes Israels gegen den Hamas-Terror legte die Veranstaltung einen Schwerpunkt auf die Bedeutung des jüdischen Lebens in Deutschland. Unter den Rednern des Abends war auch der bekannte Publizist Michel Friedmann. Auf dem Foto mit Michel Friedmann und Clara von Nathusius und Finn Wandhoff von der Jungen Union. ■